

Vladimiro Giacché

## **Die neue Neue Normalität: Die Rückkehr der Institutionen**

Variationen über das Thema „Nichts wird je wieder so sein wie früher“ sind neuerdings *en vogue*. An dystopischen Erzählungen von mehr literarischem als wissenschaftlichem Interesse fehlt es ebenso wenig wie an mehr oder weniger interessegeprägten Prognosen der jeweils diensthabenden „Experten“ für die nahe Zukunft. Auf die verständlicherweise wenig Verlass ist.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass sich in unserer Gesellschaft keine größeren Veränderungen vollziehen. Das Folgende handelt von den meiner Meinung nach wichtigsten Veränderungen, die die Rolle der Institutionen und des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft betreffen.

### **Ende des Mythos von der Selbstgenügsamkeit des Marktes und der Marginalität der Institutionen: Der Fall der Zentralbanken**

Die Überzeugung, eine *zunehmend marginale Rolle des Staates und des öffentlichen Sektors* sei ein *unausweichlicher und fortschrittlicher Prozess*, gehört seit mindestens drei Jahrzehnten zu den ideologischen Säulen der politischen Praxis und des ordnungspolitischen Rahmens des Westens.

Ordnungspolitisches Ideal wurde dabei die maximale Entwicklung des privaten Wirtschaftssektors und die Reduzierung des Staates auf einen „Minimalstaat“: Nach dieser Philosophie (die wir vereinfachend als „neoliberal“ bezeichnen können) tendiert in der idealen Gesellschaft die Rolle des Staates gegen Null, während alle wirtschaftlichen Entscheidungen tendenziell auf den Märkten von privaten Akteuren entsprechend der Dialektik von Angebot und Nachfrage getroffen werden.

Diese Auffassung war bereits während der Großen Rezession in Frage gestellt worden: Vor allem zwischen 2008 und 2009 hatten nur die (mehr oder weniger koordinierten) Interventionen der Zentralbanken und eine Vergesellschaftung von Verlusten von weltweit beispiellosem Ausmaß (mit der Umwandlung großer Teile der privaten Schulden in Staatsschulden) den Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems und das Wiederauftreten von Szenarien ähnlich der Großen Depression verhindert.<sup>1</sup>

Sobald sich jedoch eine Erholung der Finanzmärkte und Volkswirtschaften abzeichnete, hielt man es für möglich, zum *Status quo ante* zurückzukehren. Und wurden so die staatlichen Rettungsaktionen zu einmaligen Not- und Ausnahme-Interventionen herabgestuft: danach sollte alles wieder so sein, wie es vorher war.

---

<sup>1</sup> Einige Informationen über den raschen Wandel der Einstellung zur Rolle des Staates und die plötzlich empfundene Nicht-Selbstgenügsamkeit des Marktes, die dann eintrat, finden sich bei V. Giacché, „Karl Marx e le crisi del XXI secolo“, in K. Marx, *Il capitalismo e la crisi. Scritti scelti*, hg. von V. Giacché, Rom, Derive/Approdi, 2009, S. 7-53.

Da das „Vorher“ aber, zumindest in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, durch die Vorherrschaft des zinstragenden Kapitals gekennzeichnet war<sup>2</sup>, konnte die Rückkehr zur Vergangenheit, der Ideologie zum Trotz, nicht ohne ein starkes Eingreifen in die Wirtschaft, insbesondere durch die Zentralbanken, auskommen.

Letztere haben in den Jahren nach der Krise eine ultraexpansive Geldpolitik betrieben: auf herkömmliche Art (Senkung der Zinssätze bis zu dem Punkt, an dem sie real – und in einigen Fällen sogar nominal – negativ wurden) wie auch auf unkonventionelle Weise (Kauf von Wertpapieren auf den Finanzmärkten); eine Politik, deren Ausmaß und Dauer – wieder einmal – historisch beispiellos ist.

Die massiven Interventionen der Zentralbanken haben Schulenkäufe auf den Finanzmärkten stimuliert und die Finanzblase, besonders auf den Anleihemärkten, noch stärker aufgebläht als 2007. Andererseits waren die positiven Folgen für das Wachstum der Volkswirtschaften viel geringer. Es war daher die Rede von einer „Neuen Normalität“, die sich aus niedrigen Zinssätzen, einem guten Wachstum der Finanzmärkte, aber sehr bescheidenen wirtschaftlichen Wachstumsraten zusammensetzt (siehe die Theorien zur *säkularen Stagnation*).<sup>3</sup> Die Ungleichheit innerhalb der industriell fortgeschrittenen Länder wurde durch diese Maßnahmen sogar verstärkt (es ist schließlich ganz normal, dass eine Politik, die die Inhaber des zinstragenden Kapitals zufriedenstellen soll, den reichsten Teil der Bevölkerung begünstigt).

Die weltweite Ausbreitung der Covid-19-Pandemie ließ diese Blase platzen und führte zunächst zu einer sehr starken Korrektur an den Finanzmärkten, sowohl an den Aktien- als auch an den Anleihemärkten. Die Zentralbanken reagierten mit einer enormen Zufuhr zusätzlicher Liquidität in die Märkte, was zu einem Aufschwung führte, der einige Aktienmärkte innerhalb weniger Monate wieder auf ihre Allzeithochs führte.

Das Ausmaß der – bereits bestehenden und vor allem der potenziellen – Intervention der Zentralbanken veranlasste den Analysten der Deutschen Bank, George Saravelos, zu folgendem Kommentar: „Zentralbanken könnten zu ständigen Akteuren einer Planwirtschaft werden mit der Aufgabe, die Kapital- und Kreditkosten zu verwalten, indem sie versuchen, finanzielle Schocks aggressiv zu dämpfen“. Das Ergebnis wäre „eine bipolare Welt der finanziellen Repression, mit hoher Volatilität in der Realwirtschaft, aber sehr geringer finanzieller Volatilität“.<sup>4</sup> Saravelos weist im Übrigen darauf hin, dass die Geldpolitik der Zentralbanken – obwohl der Devisenmarkt heute noch nicht durch diese Manö-

---

<sup>2</sup> Für die Zentralität des zinstragenden Kapitals in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus verweise ich auf: V. Giacché, „Capitale produttivo di interesse e ‘finanziarizzazione’ dagli anni Ottanta a oggi. Un’analisi a partire dai manoscritti 1863-1865 di Marx per il terzo libro del Capitale“, in *Marx in Italia. Ricerche nel bicentenario della nascita di Karl Marx*, a cura di Claudio Tuozzolo, Rom, Aracne, 2020, Band 1, S. 445-470.

<sup>3</sup> Zu den Implikationen der heutigen Überlegungen zur „*säkularen Stagnation*“ sh. V. Giacché, „Leggere la crisi: stagnazione secolare o caduta tendenziale del saggio di profitto?“, in *Società natura storia. Studi in onore di Lorenzo Calabi*, a cura di Andrea Civallo, Pisa, Edizioni ETS, 2015, S. 269-284.

<sup>4</sup> Sh. dazu <https://www.zerohedge.com/markets/deutsche-bank-there-no-such-thing-free-market-anymore>, 12. April 2020.

ver betroffen ist – zum Instrument eines Währungskriegs werden könnte, dessen Folgen den Kettenabwertungen ähneln, die die Große Depression kennzeichneten. Es ist jedoch keineswegs sicher, dass es dazu kommen wird. Wir können diese Möglichkeit daher vorerst unberücksichtigt lassen und uns auf das Wesentliche konzentrieren: Schon heute können die Finanzmärkte, insbesondere die Schuldenmärkte, kaum als „freie Märkte“ betrachtet werden: Ihre Protagonisten sind seit Jahren die Zentralbanken. Die gegenwärtige Krise und die Reaktion der Zentralbanken darauf machen dies noch deutlicher.

Wir haben hier zwei Arten von Problemen. Erstens: In einem Markt, der von Institutionen dominiert wird – und darüber hinaus von Institutionen, die nach der vorherrschenden Orthodoxie den Anspruch erheben, von Regierungen unabhängig zu sein, und dies zumindest formell auch sind – wird das Problem der *Rechenschaftspflicht* entscheidend. Heute liegt dieses Problem offen zu Tage: Die Zentralbanken, die wichtigsten Institutionen der heutigen Wirtschaft, unterliegen keinerlei demokratischen Kontrolle; selbst der Einfluss der Regierungen auf sie verläuft auf zumindest undurchsichtigen Kanälen.

Dieses Problem muss zusammen mit einem zweiten Problem betrachtet werden, das direkt mit dem Inhalt und Zweck des Handelns der Zentralbanken zu tun hat: Wie beobachtet wurde, „ist der Aktivismus der Zentralbanken höchst asymmetrisch und verewigt ein zutiefst ungerechtes und zerstörerisches privates Finanzsystem“. Mit anderen Worten: Die von Saravelos befürchtete „Zentralbankplanung“ ist seit einiger Zeit Realität; sie ist aber „der profitorientierten Planungsfähigkeit des privaten Finanzsystems untergeordnet“. <sup>5</sup> Dieses System unterscheidet sich nun wiederum sehr von einem dezentralisierten System, das durch Marktpreise geregelt wird, die wiederum durch die Interaktion von Millionen von Subjekten bestimmt werden (das Modell – oder wenn man so will: das Ammenmärchen – Hayeks). Im Gegenteil, die „globalen Investitionsprioritäten“ werden heute von einem Oligopol bestimmt, das sich aus einigen wenigen großen Banken und Vermögensverwaltern zusammensetzt: Der Finanzsektor ist in der Tat „stark an der Spitze konzentriert, wo einige wenige Großkonzerne – Banken, Hedge-Fonds, *Private-Equity-Fonds* – eine beträchtliche Kontrolle über die Richtung der weltweiten Kapitalströme ausüben. Tatsächlich stellen sie die zentralen Planer der vermögenden Klasse dar“. Die Zentralbanken sind weit davon entfernt, die Ineffizienzen und Ungerechtigkeiten dieser privaten Form der Kapitalallokation zu korrigieren. Im Gegenteil: sie haben ihre Expansion und Stabilisierung seit langem gefördert, wie die Interventionen nach 2008 belegen. <sup>6</sup> Dasselbe geschah während der Pandemie.

Um all dies in die Form der *leidigen Frage* zu bringen, ob Zentralbanken mehr oder weniger „unabhängig“ sind bzw. sein sollen, geht es also nicht darum, diese vermeintliche Unabhängigkeit zu verletzen, sondern darum, die Abhängigkeit

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu B. Braun, „Socialize Central Bank Planning“, in *Progressive International*, 18. Mai 2020: <https://progressive.international/blueprint/4a74c8a1-1f68-46bb-bc72-a7921b94a376-benjamin-braun-socialize-central-bank-planning/en>.

<sup>6</sup> Ebd.

der Zentralbanken von den Prioritäten der großen privaten Finanzwirtschaft durch eine andere Abhängigkeit und Zielsetzung zu ersetzen: um ein Wirtschaftsmodells, das auf realen Investitionen, auf der Vergesellschaftung der Investitionen basiert und auf soziale Gerechtigkeit statt auf den Profit sehr weniger ausgerichtet ist. *Dies* ist das Ziel, das mit der Forderung nach einer *Repolitisierung der Zentralbanken* einhergehen muss.

Es handelt sich offensichtlich um ein Ziel, das heute schwer erreichbar, wenn nicht gar direkt utopisch erscheinen mag. Aber es ist auch der einzige Weg, um eine Wiederholung des Szenarios nach 2008/2009 zu vermeiden: als nämlich – nachdem die Angst vor einem Zusammenbruch im internationalen Finanzsystem verfolgt war – das überproportionale Wachstum des produktiven Zins- und Schuldkapitals (privat und öffentlich) auf Weltebene beschleunigt wieder einsetzte, während die Analysten derselben Großbanken, die gerade durch die Interventionen der Zentralbanken und mit Steuergeldern gerettet worden waren, begannen, den Abbau der Sozialgarantien zu fordern – und in Europa sogar die Änderung der Nachkriegsverfassungen, um die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer zu verringern.<sup>7</sup>

## Die Notwendigkeit des Staates und seine Probleme

Aber auch in anderer Hinsicht war die Krise aufschlussreich. Vor allem am Fall Italiens hat sich gezeigt, wie *notwendig öffentliche Interventionen* sind. In mehrfacher Hinsicht.

Die alles andere als brillante Leistung des privaten Gesundheitswesens hat die Bedeutung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge erneut bestätigt – und damit die Notwendigkeit, sie nach den wiederholten Einschnitten der letzten Jahre zu stärken. Darüber hinaus hat sie die strukturelle Unfähigkeit des „Marktes“, d.h. des auf der Dynamik von Angebot und (zahlungsfähiger) Nachfrage beruhenden Austauschs, offengelegt, auf Ereignisse wie den durch die Pandemie hervorgerufenen Schock zu reagieren (und dies sogar unabhängig von Fragen der sozialen Gerechtigkeit).

Die unglaublich schleppende Versorgung mit lebenswichtigem Sanitärmaterial in den ersten Monaten der Pandemie machte die Notwendigkeit deutlich, die Lücken in der Produktion von wichtigen Gütern zu schließen. Zu diesem Zweck könnte eine gezielte Importsubstitutionspolitik oder die Rückverlagerung (*Reshoring*) von schwachen Gliedern der Wertschöpfungskette bei der Produktion/Beschaffung von Ausrüstung, die als wesentlich für die nationale Sicherheit (im weiteren Sinne) erachtet wird, hilfreich sein. Diese Aufgabe, in welcher Form auch immer, erfordert eine Industriepolitik und kann nicht einfach der spontanen Marktdynamik anvertraut werden. Sie erfordert wahrscheinlich direkt die Wiederherstellung eines öffentlichen Produktionsapparates in als strategisch angesehenen Sektoren.

Wenn dies während der akuten Phase der Pandemie deutlich wurde, waren die folgenden Monate von massiven öffentlichen Ausgaben zur Unterstützung der

<sup>7</sup> Sh. z.B. den Report *The Euro Area adjustment: about halfway there*, JP Morgan, Europe Economic Research, 28. Mai 2013.

Wirtschaft geprägt, die weit über die während der Krise 2008-2009 eingesetzten Mittel hinausgingen. Diese Intervention ist immer noch im Gange und reicht von Maßnahmen zur Einkommensstützung der Haushalte bis hin zur Unterstützung von Unternehmen in verschiedenen Formen (von einer beispiellosen Ausweitung des Kurzarbeitergelds bis hin zur staatlichen Bürgschaft für neue Bankkredite). Schon wenige Pandemiemonate haben gezeigt: direkte staatliche Eingriffe zur Bewahrung und zum Schutz der Stabilität der Wirtschaft sind unabdingbar. *Es gibt jedoch ernsthafte Fragen über die Fähigkeit des Staates*, und besonders – aber nicht nur – des italienischen Staates, die dieser Phase eigenen Aufgaben zu erfüllen.

Was Italien angeht, so hat die Pandemie die *Mängel der gegenwärtigen Staatsorganisation* in mindestens dreierlei Hinsicht offengelegt:

a) Die Probleme in den *Beziehungen zwischen der Regierung und den Regionen* haben schwerwiegende Reibungsverluste bei den Entscheidungsprozessen und die Notwendigkeit aufgezeigt, diese Prozesse schneller und effektiver zu gestalten. Die Koordinierungsschwierigkeiten haben einen zu allgemeinen Charakter angenommen, als dass man sie vereinfachend auf die unterschiedliche politische Ausrichtung der Regierung und einiger der wichtigsten beteiligten Regionen zurückführen könnte. Tatsächlich stellen sie die derzeitigen Regelungen für die Koordinierung zwischen den verschiedenen Ebenen der öffentlichen Verwaltung in Frage.

b) Andere offensichtliche Probleme betreffen speziell die *der zentralen Behörden*. Wenn so viele öffentliche Aufgaben „Experten“ außerhalb der Verwaltung anvertraut werden, weist das nicht nur auf eine exzessive Nachgiebigkeit gegenüber der Medienberichterstattung und den Rekurs auf die „Zivilgesellschaft“ und nicht einmal nur auf die Grenzen der Exekutive hin, sondern auch auf die des technischen Apparats der Ministerien. Die Einführung des *Spoilssystems* (= Ämtervergabe nach politische Kriterien) im Jahr 2000 einerseits und der Mangel an ausreichenden wirtschaftlichen Anreizen für Schlüsselpositionen in der Verwaltung andererseits sowie die Blockade der *Fluktuation* in der öffentlichen Verwaltung während eines Jahrzehnts haben wohl zu einer Politisierung von Positionen geführt, die eigentlich von *Beamten* ohne andere Qualifikation als einem hohen Spezialisierungsgrad besetzt werden müssten, und zu einer beruflichen und technischen Verarmung, die nun die Effektivität der Verwaltung selbst untergräbt.

c) Die gravierenden *Unterschiede in der Auslegung und Anwendung der zentralstaatlichen Verordnungen auf lokaler (regionaler und kommunaler) Ebene* zeugen schließlich von einem zumindest gefährlichen Mangel an Homogenität bei der praktischen Umsetzung von Regeln, die für alle Bürger dieses Landes gleichermaßen gelten sollten. Und ebenso zeugen diese Verordnungen selbst von einer gefährlichen Ausweitung der Befugnisse der Exekutive zum Nachteil der verfassungsmäßigen Vorrechte des Parlaments.

All dies konfrontiert uns mit klaren Erfordernissen, aber auch mit offensichtlichen Problemen. Die Notwendigkeit: Die öffentliche Verwaltung und der öffentlichen Sektor der Wirtschaft muss gestärkt, und der Trend zum Abbau wesentlicher Wohlfahrtsstrukturen, angefangen beim Gesundheitswesen, muss gestoppt und umgekehrt werden. Nicht weniger notwendig ist die Einführung von

Elementen der Entwicklungsplanung. Das Problem: Der Abbau des Staates und der öffentlichen Verwaltung ist so weit fortgeschritten, dass ihre Effizienz selbst in einer Ausnahmesituation und trotz außergewöhnlicher Anstrengungen und Fällen von echtem Heldentum (z.B. bei vielen Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitswesens) untergraben wird. Gleichzeitig haben die Verbindungen zwischen der Zentralverwaltung, den Regionen und den lokalen Behörden nicht richtig funktioniert und erfordern ein tiefgreifendes Umdenken.

Diese Fragen müssen für jedermann, der die Beziehungen zwischen Staat und Markt zugunsten des ersteren neu ausrichten möchte, Priorität auf der politischen Agenda haben, nachdem drei Jahrzehnte lang eine Politik in die entgegengesetzte Richtung verfolgt wurde.

## **Öffentliche Intervention ohne Demokratie? Das Demokratiedefizit in der Europäischen Union**

Eine letzte Reihe von Problemen, die ich im Zusammenhang mit der gewachsenen Rolle der öffentlichen Institutionen erwähnen möchte, betrifft die Demokratie. Diese gewachsene Rolle geht nicht mit einem Mehr an Demokratie einher, das in der Vergangenheit, insbesondere in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, Perioden mit einem ähnlich bedeutenden Wachstum der öffentlichen Institutionen in der Wirtschaft begleitet hatte.

Besonders gravierend ist dies innerhalb der Europäischen Union und vor allem in der Eurozone, und zwar aus spezifischen Gründen, die die Arbeitsweise der supranationalen Institutionen und die Dynamik ihrer Beziehungen zu den Mitgliedstaaten betreffen. Dazu ein paar Bemerkungen.

Entscheidungen der Zentralbanken zur Geldpolitik sind, wie immer man sie beurteilen mag – das haben wir bereits festgestellt –, im Wesentlichen der demokratischen Debatte entzogen. Dies geht jedoch mit einer Besonderheit der Politik der Europäischen Zentralbank einher, die die Situation noch verschärft: Sie betrifft per definitionem nicht nur einen Staat, sondern eine Vielzahl von Staaten, deren Interessen sowohl in der konventionellen Geldpolitik (Festlegung der Zinssätze) als auch in der nicht konventionellen Geldpolitik (*quantitative Lockerung*, Kauf von Staatsanleihen und Privatanleihen usw.) divergieren können. Das ist nichts Neues, wenn man bedenkt, dass bereits während der Großen Rezession für Länder mit sehr unterschiedlichen makroökonomischen und konjunkturellen Bedingungen zwangsläufig die gleichen Zinssätze galten. In diesen Monaten konnte die potentielle Divergenz zwischen den wirtschaftlichen Vorteilen der verschiedenen Staaten in akzeptablen Grenzen gehalten werden, weil alle Staaten des Währungsgebiets von der Krise stark betroffen waren und folglich eine expansive Geldpolitik den Bedürfnissen jedes einzelnen von ihnen entsprach. Aber es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft, um vorherzusagen, dass sich die Situation ändern wird – und zwar sehr schnell –, wenn die ersten Länder beginnen, sich aus der Krise zu befreien.

In Bezug auf andere Politikbereiche der Union, insbesondere die Wettbewerbspolitik, ist die Situation nicht anders: Auch in diesem Fall sind weitreichende Befugnisse an die Europäische Kommission delegiert – an eine supranationale Institu-

tion also, deren Entscheidungsprozesse nicht demokratisch legitimiert sind, auch wenn der Europäische Rat und das Europäische Parlament dazu beitragen (in sehr unausgewogenem Maße zugunsten der ersteren), und die Entscheidungen trifft, die in ihren Folgen für die verschiedenen Mitgliedstaaten oft sehr asymmetrisch sind.

Wie der Verfasser wiederholt argumentiert hat, wird diese Asymmetrie in Bezug auf die Bankenunion proklamiert.<sup>8</sup> Aber dasselbe gilt beispielsweise für die Auswirkungen der jüngsten Ausnahmeregelungen zu den europäischen Vorschriften über staatliche Beihilfen.

Was schließlich die europäische Haushaltspolitik betrifft, so scheint sie insbesondere in ihren jüngsten Entwicklungen (dem so genannten *Recovery Fund* oder *Next Generation EU*) so konzipiert zu sein, dass sie die Übertragung wesentlicher Funktionen des Staates auf die Europäische Union beschleunigt, die in den EU-Haushalt zu übertragenden Mittel erhöht und gleichzeitig die Verwendung dieser Mittel an die Erfüllung von Anforderungen (in *erster Linie* die Durchführung von „Reformen“) knüpft, die nicht auf nationaler, sondern gerade auf supranationaler Ebene festgelegt werden. Da dies in Ermangelung einer entsprechenden Entscheidung der Völker Europas geschieht, stellt dieser Transfer eine schwerwiegende *Verletzung* der Demokratie dar. Das Gleiche gilt im Übrigen für den sehr starken Druck, die Gesundheitspolitik auf EU-Ebene zu „koordinieren“, was sich konkret in einer Verlagerung der Gesundheitspolitik (genauer gesagt des Gesundheitsmanagements) auf die supranationale Ebene niederschlägt, bisher mit nicht gerade glänzenden Folgen.

Auf diese Weise sehen die Nationalstaaten, und gerade die schwächsten, eine Aushöhlung ihrer Rechte sowohl nach unten (die Regionen) als auch nach oben (die Europäische Union). Ein „Oben“ also, das in keiner Weise die demokratische Legitimität besitzt, die den Nationalstaaten – wenn auch angesichts wachsender Probleme – noch zukommt.

## Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen können wir aus dem eben Gesehenen ziehen?

In der gegenwärtigen Krise kommt es zu einer Wiederbelebung der Institutionen, wie sie bereits während der Großen Rezession stattgefunden hat, und zwar in noch stärkerem Maße als damals.

Diese Lesart der jetzigen Prozesse wird auch durch Entwicklungen bestätigt, auf die hier nicht eingegangen werden konnte. Man denke etwa an Trumps protektio-

---

<sup>8</sup> Ich habe diesem Thema zahlreiche Beiträge gewidmet: siehe z.B. V. Giacché, „The Real Cause of the Italian Bank Bailouts and Euro Banking Troubles“, *Institute for New Economic Thinking*, 19. Juli 2017 ([https://www.academia.edu/34022354/The\\_Real\\_Cause\\_of\\_the\\_Italian\\_Bank\\_Bailouts\\_and\\_Euro\\_Banking\\_Troubles\\_Institute\\_for\\_New\\_Economic\\_Thinking\\_19\\_July\\_2017](https://www.academia.edu/34022354/The_Real_Cause_of_the_Italian_Bank_Bailouts_and_Euro_Banking_Troubles_Institute_for_New_Economic_Thinking_19_July_2017)) und das neuere „Il sistema bancario tra tradizione, innovazione e... regolamentazione“, intervento al forum Confcommercio-Ambrosetti di Cernobbio, *I protagonisti del mercato e gli scenari per gli anni 2000*, Cernobbio-villa D'Este, 23. März 2019 ([https://www.academia.edu/38808495/Vladimiro\\_Giacché\\_Il\\_sistema\\_bancario\\_tra\\_tradizione\\_innovazione\\_e\\_regolamentazione\\_intervento\\_al\\_forum\\_Confcommercio\\_Ambrosetti\\_I\\_protagonisti\\_del\\_mercato\\_e\\_gli\\_scenari\\_per\\_gli\\_anni\\_2000\\_Cernobbio\\_Villa\\_dEste\\_23\\_marzo\\_2019](https://www.academia.edu/38808495/Vladimiro_Giacché_Il_sistema_bancario_tra_tradizione_innovazione_e_regolamentazione_intervento_al_forum_Confcommercio_Ambrosetti_I_protagonisti_del_mercato_e_gli_scenari_per_gli_anni_2000_Cernobbio_Villa_dEste_23_marzo_2019)).

nistische Interventionen zur Unterstützung privater US-Konzerne: Nach dem Handelskrieg gegen China, der von der Welthandelsorganisation verurteilt wurde,<sup>9</sup> sind die deutlichsten Beispiele für einen solchen Interventionismus der versuchte Zwangsverkauf von chinesischem Privatvermögen an US-Oligopolisten (Fall TikTok), der Angriff auf WeChat und mehr noch der regelrechte Krieg, der in den letzten Jahren gegen ein Unternehmen wie Huawei entfesselt wurde, das sich „schuldig“ gemacht hat, technologisch fortschrittlicher zu sein als seine amerikanischen Gegenspieler (es wurden keine anderen Anklagepunkte nachgewiesen).<sup>10</sup>

Dies ist ein sehr deutlicher Trend, der die Ideologie des Minimalstaates der Vergangenheit überantwortet, aber auch die Brauchbarkeit der Unterscheidung heutiger ökonomisch-politischer Formationen anhand des angeblichen Gegensatzes zwischen einem chinesischen „politischen Kapitalismus“ und einem US-amerikanischen sowie generell westlichen „meritokratischem liberalen Kapitalismus“ bezweifeln lässt.<sup>11</sup> In einem kürzlich erschienenen Beitrag zum Thema „Staatskapitalismus“ lesen wir: „Das Schreckbild des schändlichen staatskapitalistischen Konkurrenten wird benutzt, um eine zunehmend protektionistische Politik bei der Regulierung von Handel, Technologie und Investitionen in den Vereinigten Staaten und anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften sinnvoll erscheinen zu lassen, politisch zu rechtfertigen und ihre Unterstützung zu verstärken... Dem Leser wird die Ironie dieser Erzählungen nicht entgehen: die imaginäre Bedrohung durch den ‚Staatskapitalismus‘ aus dem Osten speist den Staatskapitalismus im Westen.“<sup>12</sup>

All dies macht die herkömmliche Debatte über die Opposition zwischen Staat und Markt, wie sie Anfang der 1990er Jahre aufkam, völlig obsolet und die entsprechenden Kategorien absolut nutzlos. In diesem Zusammenhang ist jedoch eine weitere, im Allgemeinen übersehene Implikation zu beachten: Ebenso obsolet ist der ordnungspolitische Rahmen von Maastricht-Europa, irreparabel veraltet, gerade weil er in diesem politisch-ideologischen Klima entstanden ist. Dieses veraltete Regelwerk hat die Probleme der Europäischen Union während der vorangegangenen Krise erheblich verkompliziert und erhöht heute die Notwendigkeit von „Notstandsargumentationen“, um Abweichungen von den in den Verträgen enthaltenen Regeln zu rechtfertigen. In der Tat wäre ein weitaus radikalerer Kurswechsel als die zeitweilige Aussetzung der falschen Regeln unab-

---

<sup>9</sup> R. Barlaam, „La WTO boccia i dazi Usa a Pechino. Washington: organismo inadeguato“, *Il Sole 24 Ore*, 16. September 2020.

<sup>10</sup> Die These, Trump wolle den Hi-tech-Sektor des chinesischen Rivalen zerstören, wird offen formuliert von H. Ankenbrand, „Trumps Angriff auf Chinas Herzstück“, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. August 2020.

<sup>11</sup> Siehe B. Milanovic, *Capitalism, alone*, Cambridge Mass./London, 2019. Zu meiner ausführlicheren Argumentation gegen die Unhaltbarkeit der Reduzierung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Chinas auf „politischen Kapitalismus“ sh. V. Giacché, *Wirtschaft und Eigentum – Staat und Markt im heutigen China*, MASCH-Skripte, Neue Impulse, Essen 2020.

<sup>12</sup> I. Alami, A. Dixon, „The clash of capitalisms?“, in *openDemocracy*, 17. Juli 2020 (<https://www.opendemocracy.net/en/oureconomy/clash-capitalisms/>).

dingbar: So ist es beispielsweise notwendig, den dramatischen Rückgang der öffentlichen Investitionen in der Union zur Kenntnis zu nehmen und ihre Bedeutung zu betonen „nicht nur als ein Faktor, der die Gesamtnachfrage kurzfristig stützt, sondern auch als ein funktionaler Faktor für die langfristige Produktivität und das potenzielle Wachstum“.<sup>13</sup>

Eine wesentliche Neuerung im Rahmen der Wiederbelebung der Institutionen, die mit der Großen Rezession sichtbar wurde und sich in der gegenwärtigen Krise konsolidiert hat, stellt, wie wir gesehen haben, die gestiegene Bedeutung der Zentralbanken dar, angepasst an die gegenwärtige historische Phase des Kapitalismus und die Vorherrschaft des zinstragenden Kapitals. Auch in diesem Fall sind die üblichen Kategorien unbrauchbar, und die Alternative zwischen Unabhängigkeit und Politisierung der Zentralbanken erweist sich als mystifizierend und als Deckmantel für eine andere Alternative, bei der das, was sich als Unabhängigkeit darstellt, tatsächlich Abhängigkeit von den Interessen des Kapitals ist.

Schließlich ist der traditionelle Ort der Politik, der Nationalstaat, der klassische Ort der legitimen Macht, unter Beschuss und erfährt eine fortschreitende Erosion, sozusagen von oben und unten. Im Falle unseres Landes hat diese Erosion ein Ausmaß erreicht, das die Funktionsfähigkeit der staatlichen öffentlichen Verwaltung ernsthaft untergraben hat, ohne dass die regionale und lokale Ebene in der Lage wäre, die Mängel des Zentralstaats auszugleichen. Es ist illusorisch zu glauben, die betonte Zentralität der Staatsmacht und der von ihr in der Notsituation ergriffenen Maßnahmen könnten an sich schon eine Umkehrung dieses Trends bewirken. Tatsächlich ist es wahrscheinlich, dass die sich abzeichnenden Verteilungskämpfe gegen die Arbeit sich bald als „Ablehnung von zu viel Staat und seiner Ineffizienz“ tarnen werden. Was die Erosion „von oben“ betrifft, so geht die Enteignung immer größerer Befugnisse des Staates durch die Europäische Union weiter. Wie mir scheint, findet dieser Prozess – der heute offensichtlich unter dem Vorwand des Ausnahmezustands beschleunigt wird – seine objektive Grenze darin, dass alles, was einem Staat Europa ähnelt, sich als politisch illusorisch erweist. Das macht die gegenwärtige Situation jedoch nicht weniger gefährlich, in der die offensichtliche Aushöhlung der Rechte der Nationalstaaten von einer nicht minder deutlichen Verfinsterung der Demokratie zugunsten immer offener oligarchisch-technokratischer Entscheidungsmechanismen begleitet wird.

In diesem Rahmen *gibt es keine brauchbare Alternative zum Wiederaufbau der Demokratie aus dem institutionellen Kontext, in dem sie sich historisch etabliert hat: dem des Nationalstaats*. Dies ist auch die einzige Möglichkeit, die Rückkehr der Institutionen in progressivem Sinne zu konsolidieren und schrittweise zu qualifizieren.

*Übersetzung: Hermann Kopp*

---

<sup>13</sup> So F. Cerniglia und F. Saraceno in *A European Public Investment Outlook*, hrsg. von F. Cerniglia und F. Saraceno. Saraceno 2020, zitiert in G. Santilli, „L'Europa superare il pregiudizio contro gli investimenti pubblici“, *Il Sole 24 Ore*, 4. Oktober 2020.